

# Saale-Beitung.

Sechshundertzweiter Jahrgang.

Anzeigen

wozu die Spaltenzahl oder Raum mit 30 Bl., welche auf Halle mit 30 Bl. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 17, I. Stock, unter Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Seite 75 Bl. für Halle und auswärts 1 Mt.  
Erscheint täglich einmal, Sonntags und Montags einmal.  
Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.  
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 17, I. Stock, Telefon Nr. 501 u. 176.

Bezugspreis

Die Halle vierteljährlich bei postmässiger Bezahlung 2,50 M., durch die Post 2,75 M., ausser Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.  
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnisse unter „Saale-Beitung“ eingetragen.  
Für unterlagende eingehende Kammtypen wird keine Gewähr übernommen.  
Stadtdruck mit Kautembelag: „Saale-Beitung“ gezeichnet.

Verantwortlicher Redakteur Hr. 1100; der Abonnementskassier Hr. 1133.

Nr. 197.

Halle a. S., Freitag, den 29. April.

1910.

## Herr von Bethmann Hollweg und die Wahlrechtsvorlage.

### Herrenhaus.

7. Sitzung vom Donnerstag, 28. April.

Am Ministertisch: v. Bethmann Hollweg, v. Moltke, v. Falkenhayn, Wahnisch.  
Die Zeilungen sind überflüssig, das Haus ist stark besetzt.  
Präsident Frhr. v. Manteuffel eröffnet die Sitzung 1 Uhr, 15 Minuten.

Auf der Tagesordnung steht die

### zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage.

An den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses hat die Herrenhauskommission die Aenderung vorgenommen, daß die Drittelung nach Stimmbezirken nur dort beibehalten wird, wo dieser aus mehreren Gemeinden gebildet wird. Sonst findet Gemeindeabteilung statt in Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern. In größeren Gemeinden werden besondere Drittelungsbezirke gebildet von nicht weniger als 1749 und nicht mehr als 5000 Einwohnern. Weiter hat die Herrenhauskommission ganz allgemein die Zulassung der Terminwahl beschlossen. Die Maximierung soll bereits bei 6000 Mark und bei Gemeinden unter 20 000 Einwohnern bei 3000 Mark beginnen. Ferner hat die Kommission die beiden Kulturträgerparagrafen in modifizierter Form angenommen. Für das Plenum liegt ein Antrag Graf York von Bartenburg vor, nach dem für Änderungen dieses Gesetzes die Zustimmung von zwei Dritteln der beiden Häuser des Landtages erforderlich sein soll. Ein Antrag Frhr. v. Schorlemer will die Gemeindeabteilung für alle Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern, für Gemeinden von 10 000 bis 20 000 Einwohner zwei Drittelungsbezirke, für größere Gemeinden einen weiteren Drittelungsbezirk auf jede angefallenen 20 000 Einwohner.

Berichterstatter für das Plenum ist

Graf von Behr-Zehrenhoff.

Er teilt mit, daß er in der Kommission zur Minderheit gehört und gegen das Gesetz gestimmt hat. Gleichwohl sei ihm die Berichterstattung für das Plenum übertragen worden. Er gibt dann eine historische Darstellung der Wahlrechtsfrage, von der Thronrede 1908 bis zur Schlussabstimmung in der Herrenhauskommission.

### Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg:

Die Regierung sagt Ihnen Dank für die Bereitwilligkeit, mit der Ihre Kommission daran gearbeitet hat, der Vorlage eine Gestalt zu geben, welche auf die Erreichung eines politischen Ergebnisses hinführt. Ich bin mir dessen voll bewußt, daß für viele von Ihnen diese Arbeit mit Kämpfen und Ueberzeugungen verknüpft ist. Ebenso ist es im Abgeordnetenhause gewesen, denn auch dort ist den Mehrheitsparteien die Fassung der an das Herrenhaus herüber geleiteten Beschlüsse nur möglich, und wie ich dankbar anerkenne, von dem Bestreben getragen gewesen, die Vorlage nicht von vornherein an dem Zwischenfall der Meinungen scheitern zu lassen. Aber in derselben Lage hat sich schließlich auch die Regierung selber befunden. Ich habe darüber bei der ersten Beratung in diesem Hause gesprochen und will heute nicht darauf zurückkommen. Um so mehr überrascht es mich, wenn auchhalb dieses Hauses der Ansicht Ausdruck gegeben wird, als werde die Haltung der Regierung beeinflusst von der größeren oder geringeren Vorliebe für eine Partei, die als ob ich, um das Kind beim Namen zu nennen,

### das Zentrum ausschalten

wolle, um die Mittelparteien für die Vorlage zu gewinnen. Das liegt mir fern. Ich brauche gegen diese Anschauung nicht mit Worten zu kämpfen, ich habe es mit der Tat getan, ich habe den bündigen Gegenbeweis geliefert, indem ich die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses als einen gangbaren Boden bezeichnet habe. Gewiß habe ich nachher in Ihrer Kommission Anträge, wie den bezüglich der Verfassungsänderung und den bezüglich der Drittelungsbezirke, schon damals als ungenügend erklären müssen; aber so liegt die Sache doch nicht, daß die Befundung einer eigenen Ueberzeugung und das Festhalten an ihr als eine parteipolitische Abneigung auszuliegen wäre, oder daß die Maxime, welche die Politik als die Kunst des Erreichbaren bezeichnet, für die Staatsregierung die Konsequenz in sich schließt, in der Politik des Nachgebens keine Anwendung mehr zu treffen. Ich halte von der Politik des Ausschaltens einer Partei nichts, und ich glaube, in meiner gesamten amtlichen Tätigkeit, nicht nur bei dieser Gelegenheit, den Beweis geliefert zu haben, daß ich mit allen Parteien sachlich zusammen zu arbeiten pflege und gern sachlich zusammen arbeite. Aber man verzichte von mir nicht eine Politik, in der ich mich selbst, in der ich die Staatsregierung ausschalte. (Beifall.) Ein großer Teil von Ihnen hat ja in der Kommission für notwendig be-

zeichnet, Verfassungsänderungen an erschwerende Bestimmungen zu knüpfen, damit die Regierung nicht eines Tages Anträge auf demokratische Abänderung des Wahlrechts gegenüber sich nachgiebig zeige. Nun, m. H., in eine solche Nachgiebigkeit verfällt eine Regierung, welche die Wahrung der eigenen Autorität nicht mehr achtet. (Beifall.) Und so lange ich die Ehre haben werde, an dieser Stelle zu stehen, werde ich in dieser Beziehung nicht mit einem schlechten Beispiel vorangehen. (Beifall.) Wenn ich in der Kommission die Grenzlinien bezeichnet habe, bis zu denen die Staatsregierung den abgeänderten Beschlüssen folgen kann, so ist das geschehen, weil Verfassungsänderungen von der Bedeutung und dem Ernste der vorliegenden, nicht getragen werden können von Parteikonstellationen allein, sondern weil sie vertreten werden müssen von der freien Ueberzeugung, auch der Staatsregierung. Weil die Staatsregierung so denkt, und weil sie daran festzuhalten entschlossen ist, weil es für sie staatsrechtliche Pflicht ist, der durch die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses veränderten Grundlage des Gesetzes ein dauerhaftes Gefüge zu geben, darum habe ich, um noch einmal den Punkt hervorzuheben, der in den letzten Tagen zu einem Kernpunkt geworden ist, darum habe ich bezüglich der Bildung der Drittelungsbezirke diejenigen Grenzlinien in der Kommission bezeichnet, deren Innehaltung für die Staatsregierung mit dem Säkular des Gesekentwurfes untrennbar verbunden ist. Die königliche Staatsregierung hat dann mit Ihrer Kommission zusammen daran gearbeitet, eine jenen Forderungen entsprechende Fassung zu finden. Sie erblät eine solche Fassung in dem heute eingebrachten

### Antrage Schorlemer.

Ich hoffe, die Herren werden es anerkennen, daß die Formulierung dieses Antrages ohne jegliche Uebertreibung lediglich daran fehlte, für das Notwendige einen sachlich zweckmäßigen Ausdruck zu finden. Und wenn Sie eingetrigt sein sollten, m. H., das anerkennen, dann halte ich mich für berechtigt, an Sie die Bitte, die dringende Bitte zu richten, diesem Antrage beizutreten und damit den Kommissionsbeschlüssen und der Vorlage selbst in einem wesentlichen Punkte eine auch für die Staatsregierung annehmbare Fassung zu geben.

Dann komme ich zum Schlusse von einem einzigen Punkte auf das Ganze zurück. Für das Ganze wird die Stellung wesentlich entscheidend sein, welche Sie zu dem gleichfalls heute eingebrachten Antrage Stillebrand bezüglich der geheimen Wahl einnehmen. Ich will nicht alles im einzelnen wiederholen, was ich in dieser Beziehung bei der ersten Besprechung in diesem hohen Hause gesagt habe. Die Annahme der von dem Abgeordnetenhause beschlossenen geheimen, indirekten Wahl bildet für das Abgeordnetenhause und dann auch für die Staatsregierung die Grundlage, auf der es ermöglicht werden kann, die eingeleitete Aktion nicht fruchtlos verlaufen zu lassen, nicht zu einem negativen Ergebnis zu kommen. Ich kann nur wiederholen und darf das auf das Ernsthafteste betonen, daß die königliche Staatsregierung in einem solchen negativen Ergebnis eine

### schwere Schädigung der Interessen des Landes

erblicken würde. Auch in dieser Frage ist für mich die einzige Richtschnur meines Handelns das Bewußtsein der Verantwortlichkeit für eine Verfassungsänderung, die auf der einen Seite als ein Nichts mißachtet, auf der anderen als ein Zuviel mit ernstest Besorgnissen begleitet wird. Nur nächster realpolitische Sachlichkeit verbunden mit persönlicher Ueberzeugung kann dieser Verantwortung gerecht werden und von beiden kann ich nichts preisgeben. (Beifall.)

Fürst Salm-Horstmar:

Trotz vieler Bedenken werde ich für die von Abgeordnetenhause beschlossene geheime Wahl stimmen. Wir wollen, daß etwas zustande kommt, um dem anderen Hause die Möglichkeit zu geben, die Vorlage mit einer größeren Mehrheit anzunehmen. Was die Drittelung anlangt, so wäre mir die Gemeindeabteilung am liebsten, unter der Freuen die längste Zeit gewährt hat. Aber auch hier wollen wir nachgeben und an den Kommissionsbeschlüssen möglichst weit ritteln. Bei den Kulturträgern verleihe ich nicht, warum wir gerade den Reichstagsabgeordneten besondere Vergünstigungen gewähren sollen. Ich schließe mich der Hoffnung an, daß etwas zu Stande kommen möchte, das unserem preussischen Vaterlande zum Segen gereicht. (Beifall.)

Fürst Bismarck:

Meinen politischen Freunden wird es schwer, der Vorlage zuzustimmen, schon weil wir in der indirekten Wahl eine unbecome und höchst unpraktische Praxis erblicken. Wir stellen uns aber auf den Boden der Vorlage, um nicht die Verantwortung für ihr Scheitern zu übernehmen. Gegen das geheime Wahlrecht haben wir

gleichfalls schwere Bedenken, verlernen aber nicht, daß die geheime Wahl jetzt einen springenden Punkt der Vorlage bildet. Dieses geheime Wahlrecht bildet die Hauptkonfession an die demokratischen Parteien und wir wissen, daß solche Konfessionen an die demokratischen Parteien die gegenwärtige Zeit zur gebietendsten Notwendigkeit macht. Ich will nicht unerwähnt lassen, daß wir in der Einführung des Reichstagswahlrechts für Freuen ein Unglück sehen würden und auch ein Unglück sehen können, dies nicht als einen Segen empfinden. (Zustimmung.) Wenn uns von der demokratischen Klasse entgegengehalten wird, daß wir den Gang der Entwicklung nicht verstehen, so halten wir dem entgegen, daß gerade die Entwicklung in der Natur keinen Sprung kennt, sondern nur ein langames Vordringen. Warum soll das Herrenhaus einen Sprung machen, wenn die Natur ihn nicht macht? (Geisterkeit und sehr gut!) Also wir stellen uns auf den Boden der Vorlage. Wir hatten fest an der Dreifachwahl, obwohl wir die Bedenken nicht verlernen, die gegen die Fixierung politischer Rechte nach einem rein materiellen Maßstab sprechen. Wir wissen auch, daß diese Dreifachwahl sich in einem Gegenatz befindet zu dem sozialpolitischen Empfinden unserer Zeit. Aber es fehlt uns eben ein anderer Maßstab. Ohne die Annahme des Antrages Schorlemer ist für mich das Gesetz unannehmbar. Dabei leisten mich nicht gewisse Rücksichten auf die Parteien des anderen Hauses, sondern ich würde es mit dem Zweck und Geist dieses Gesetzes, auch der Bildung neben dem Besten einen erhöhten Einfluß zu geben, für unvereinbar halten, wenn man durch die Drittelung in den Stimmbezirken es dem reinen Zufall überläßt, in welcher Klasse jemand wirklame Anteile, um dem Instanz anderer nationalen und sozialer Träger die Spitze zu bieten. Gegen den Instanz der Polen und Sozialdemokraten bildet die Vergrößerung der Drittelungsbezirke die einzig wirkliche Handhabe. Nun wir jetzt unsere Pflicht, und lassen wir das andere Haus die ihrige tun. Wenn das ganze Leben aus Abhängigkeiten bestehen soll, dann möchte ich, daß diese Abhängigkeit wenigstens keine einseitige ist. (Beifall.)

Dr. v. Burgsdorff-Warendorf:

Die Form, in der die Vorlage aus der Kommission hervorgegangen ist, gibt uns zu sehr einen Bedenken Veranlassung. Die Entscheidung, die heute fällt, ist nicht nur einschneidend, sondern entscheidend für die Zukunft und für das ganze politische Leben Preußens. (Sehr richtig!) Dieses Haus stellt es gewissermaßen den Akrop in Preußen dar. Wir sorgen nicht für uns, dessen sind wir bewußt, wir sorgen nicht für die Mittelwelt und nicht für die Gegenwart, sondern für unsere Söhne und Enkel, welche, Gott will's, unserem Könige noch einmal treu dienen sollen. (Beifall.) Es soll nicht geschehen, daß unsere Enkel einmal von uns losgen: am 28. April 1910 hat das preussische Herrenhaus Art gelegt an die preussische Gegenwart, an sein Wahlrecht und an seine Verfassung. Das preussische Wahlrecht entspricht nicht einer momentanen Laune, sondern ruht auf jahrelangen Studien, die unserer Gegenwart und unserer historischen Entwicklung vollkommen gerecht wurden und war des halb vernünftig. Heute muß der Gesetzgeber in den meisten Fällen mit gebundenen Händen arbeiten, und daher kommt es, daß wir weit nach Zahresfrist schon wieder ändern müssen. (Sehr richtig!) Als die Wahlordnung 1849 erlassen wurde, dachte kein Mensch in Preußen daran, daß es anders sein könnte, obwohl wir auch damals schon einige Indulgenz hatten. Unter dem gegenwärtigen Wahlrecht haben die Demokratie und der Liberalismus von dem großen Erfolge gehabt. Bis in die Konstitution hinein haben sie alles besser gemacht und dem Fürsten Bismarck das Leben lauer gemacht bis zum letzten Autstropfen. (Geisterkeit und Zustimmung.) Aber Fürst Bismarck hat nicht daran gedacht, das Wahlrecht zu ändern, es war für ihn ein nel me tangere. (Sehr richtig!) Wenn Fürst Bismarck später den Sprung zum Reichstagswahlrecht getan hat, so hat das ganz andere Ursachen. Er wollte damals etwas in die Pfanne werfen, und hat ja auch eingesehen, daß er sich getrrt hat. Es ist gesagt worden, daß andere Staaten moderner geworden seien. Was ich von „modern“ denke, ich nicht näher ausführen. Wir sollen Zugeständnisse an die Demokratie machen, weil andere Staaten es auch gemacht haben. Ich meine: was andere Staaten tun, kann uns vollständig gleichgültig sein. (Lebhafter Beifall.) Preußen war nach immer Wagnis gewesen, keine Wege selbst zu finden. (Sehr richtig!) Darum verbiten wir uns geborfamt die guten Lehren von irgend welchen Kleinstaaten, die guten Lehren von der Straße und der Presse. (Sehr gut!) Ich glaube nicht fehl zu geben, wenn ich die Wahlrechtsvorlage ansehe als einen Ausfluß der Capriciosität Preußens der Vorgesage von Rechten ohne Gegenleistung. Die Wesentlichkeit der Wahl ist ein Grundpfeiler unseres Verfassungslebens. Ehe wir daran ritteln, wollen wir es uns sehr überlegen. (Sehr gut!) Da ferne ich keine Rücksicht, weder auf das Herrenhaus da drüben, weder auf Institutionen oder Privatstände da drüben, für mich ist alles entscheidend die salus publica. Ich beneide den Ministerpräsidenten nicht um dieses Wahlrecht aus der Ehrlichkeit des Fürsten Bismarck. (Geisterkeit und wiederholter Beifall.) Es verdankt seine Entstehung zweifellos einer schwachen Stunde, in der Fürst Bismarck noch in dem Irrtum lebte, die Liberalen könnten im Reich irgend etwas Politisches leisten. (Sehr richtig! und Wiederbrüll.) Daß sie das nicht können, haben sie zur Evidenz bei der Reichsfinanzreform bewiesen. Als ich schmeißend das Reich ver-

liehen, blieb auf ihren Thron weiter sitzen, als eine Königin... (Sehr richtig!)

liegenden Form ist geradezu ein Musterbeispiel von Inkonsequenz... (Sehr richtig!)

Gegenwartig. (Sehr richtig.) Das zweite Uebel ist das Ergebnis der... (Sehr richtig!)

Zu stimmen in vielen Punkten mit dem Vordruber überein. Die... (Sehr richtig!)

Herr v. Burgsdorff: Ich habe nicht gesagt, daß die Liberalen das allgemeine Wahlrecht... (Sehr richtig!)

Der Gedanke der Korrektur der vorhandenen Mehrheit des Abgeordnetenhauses... (Sehr richtig!)

Oberbürgermeister Kirschner-Berlin: Herr von Burgsdorff nimmt ja eine sehr interessante literarische... (Sehr richtig!)

Oberbürgermeister Kirschner: Ich muß es abmehren, daß ich in irgend welcher Beziehung zum... (Sehr richtig!)

Präsident Herr v. Mantensfel: Ich möchte den Herrn Redner darauf aufmerksam machen, daß hier... (Sehr richtig!)

dah sehr große Gefahren, wie die Kamalovfrage, nicht zur Durchführung gelangen sind. Die Erklärungen von Ministerpräsident sind nicht überall vollständig in sich schlüssig gewesen und in weiten Kreisen sieht man darin ein Stillschließen, nicht ein energieloses Zerschlagen. (Sehr richtig!) Es hat den Anschein und zwar nicht ohne Grund, als ob die Regierung ihre Stellungnahme abhängig gemacht hat von der jeweiligen Parteikonstellation. (Sehr richtig!) Seit Jahren vermehren wir in Preußen, daß ein fester, energieloser Kurs getrieben wird. (Sehr richtig!) Heute werden Maßnahmen, die von noch so weiten Volksteilen gefordert werden, nicht ausgesetzt, weil ihnen heute die Liberalen, morgen das Zentrum, überlassen sind. Das ist die Konsequenz der Parteipolitik. Und dann noch einmal die Konventionen wiederholen. Mit und ohne die Vorlage kann kein Mensch zufrieden sein. Aber nur der Staat besteht, in dem auf die Dauer klare und wahre Verhältnisse herrschen. (Sehr richtig!) Halb rechts und halb links, halb Mitte und halb unten ist auf die Dauer ein unvertägliches Grundgesetz und führt nur zum Umwachen der Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Deshalb möchten gerade wir Liberalen, daß bei dieser Vorlage wenigstens ein klares Ergebnis herauskommt. Ich werde zwar für den Antrag Schorlemer stimmen, aber gegen das ganze Gesetz, weil es nicht die direkte und geheime Wahl bringt. Eine grundsätzliche Reform muß kommen. Man braucht auch die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen für kein verworrenes zu halten. Ich würde es für die beste Wendung des bestehenden Wahlrechts ansehen, wenn das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht geändert würde, vielleicht mit einer gewissen Vorbehalt. Damit würden wir ein Hauptanliegen haben, das bei der Sozialdemokratischen Agitation entgegensteht. Die Unzulänglichkeit bezüglich des Wahlrechts wird durch diese Vorlage nicht beseitigt. Ein so mangelhaftes Gesetz kann ruhig fallen. (Beifall.)

Herr v. Weber-Rohdort:  
Mit einer vollständigen Beteiligung der Einzelwähler kann ich mich nicht einverstanden erklären. Die Wahlkörper müssen immer den wirklichen Verhältnissen des Lebens entsprechen. Die Beteiligung bei der allgemeinen direkten Wahl und das Uebermaß von Wahlen, daß bei den Wahlen vorgerechnet wird, halte ich nach wie vor für ein Unglück. Es gibt kein Wahlrecht, das unangenehmer ist, als das allgemeine gleiche Wahlrecht. Kein Staat hat bis jetzt gemogt, dieses Beispiel zu machen. Ueber die Verpflichtung läßt sich reden, für das Reichstagswahlrecht wäre die Verpflichtung ganz gut. Der öffentlichen Wahl geben wir den Vorzug. Der Antrag Wallatzen lehnen wir ab, weil er die landwirtschaftlichen Interessen schädigen würde. Dagegen bietet der Antrag Schorlemer die Grundzüge für ein Zustandekommen der Vorlage, das auch wir wünschen.

Überlandtagspräsident a. D. Dr. Hamm:  
Auch ich habe den Wunsch, daß die Bestäubigung auf breiterer Basis unter Mitwirkung des Zentrums zustandekommt. Meine Angriffe richteten sich lediglich gegen die Art des Zusammengehens der Konventionen mit dem Zentrum im Abgeordnetentage, weil das Zentrum in der Wahlrechtsfrage auf bemessenen Standpunkt steht, wie die Sozialdemokratie. Das Zentrum hat die Wollen in der Hand, wie die Sozialdemokratie. Es kann heute recht, morgen links marschieren. Ich wende mich nur gegen die Verquickung von Religion und Politik.

Herr v. Nord u. Vortmann:  
Auch wir wissen, daß kein Wahlrecht für die Einheit gemacht wird, aber wir lehnen die Exemplifizierung auf fremde Länder ab, weil Preußen seine besonderen Aufgaben hat und weil seine Vorgesetzene nach vorzugsweise Wahl sein Charakter ist. Diesen Charakter wollen wir nicht schmälern durch eine Ueberfütterung der Gesellschaft.

Damit schließt die Generaldebatte. In der Spezialberatung werden die §§ 1 bis 3 debattiert angenommen. Bei § 4, der die geheime und indirekte Wahl vorseht, werden die Anträge Reineke auf Einführung der direkten und geheimen Wahl und der Antrag Sillebrandt auf Einführung der öffentlichen Wahl auch für die Wahlmänner abgelehnt. § 4 bleibt unverändert.  
Weiterberatung Freitag 11 Uhr.  
Schluß 5 Uhr.

### Abgeordnetenhaus.

60. Sitzung vom 28. April 1910.

Am Ministerische: v. Trost zu Solz, Schwarzlaff.  
Präsident v. Arndt eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 35 Min. Die zweite Lesung des

### Kultusetats

wird beim Kapitel „Höhere Lehranstalten“ fortgesetzt.  
Herr v. Kellisch (konf.)  
tritt für eine gefühlvolle Alters- und Invaliditätsversicherung der Privatlehrerinnen ein.

Herr v. Ernst (sp.)  
fordert für die Privatmädchenschulen gefühlvolle Garantien gegen unberechtigte Konfessionsentscheidung oder sonstige Schädigung und befristet ebenfalls die gefühlvolle Altersversorgung der Privatlehrerinnen (Beifall links).

Herr v. Kaufmann (Ztr.)  
schließt sich dem an.  
Herr v. Siebert (konf.)  
fragt nach dem Stande der Neubauten der Elisabeth- und der Augusta-Schule in Berlin.

### Ministerialdirektor Schwarzlaff:

Die Augusta-Schule erhält einen Neubau, die Elisabeth-Schule soll dann die Räume der Augusta-Schule beziehen. Die Finanzlage hat uns gezwungen, den Neubau schon jetzt zu beginnen. Ueber das Privatmädchenschulen denkt der Minister ebenso wie der Vortmann. Die Schwierigkeiten für die Privatmädchenschulen waren bei der Währungsreform unvermeidlich. Die Interessen der Lehrkräfte und der Unternehmer dieser Schulen setzen oft auseinander. Die Altersversorgung der Lehrkräfte wird bei der religionspolitischen Regelung der Altersversorgung der Privatangehörigen geordnet werden. Deshalb kann Preußen hier nicht vorgehen. Wir werden die Privatmädchenschulen nach wie vor mit Beifall unterstützen und sind wegen größerer Mittel hierfür in den Finanzministerien herangezogen. Auf die Verhältnisse der Privatschulen muß auch bei Neuentstellungen Rücksicht von den Verwaltungsorganen genommen werden. (Beifall.)

Herr v. Hingmann (nl.)  
Bei der Verteilung wie bei der Entlohnung der Konfessionen muß das Verwaltungsvorverfahren zulässig sein. Die Entwicklung führt zum Erfolg der Privat- durch öffentliche Schulen, Sicherung der Interessen der Privatschulen ist dabei geboten. Die Altersversorgung der privaten Lehrkräfte ist unerlässlich. (Beifall links.)

Herr v. Claron v. Sausseville (konf.)  
Wie wir die Rekrutanten übernehmen, wollen wir erst die badischen Erfahrungen abwarten. Die Unterstützung der Privatmädchenschulen durch den Staat ist sehr schwierig. Die Regie-

rung hat bei der Lösung dieser Aufgabe unsere volle Billigung. (Beifall rechts.)

Herr v. Hingmann (nl.)  
fordert Beschleunigung des Baues des Realgymnasiums zu Elberfeld.

Herr v. Grunow (nl.)  
verlangt weitere Ausdehnung des naturwissenschaftlichen, insbesondere des biologischen Unterrichts in den Mädchen Schulen.  
Beim Kapitel

### Kunst und Wissenschaft

bespricht  
Herr v. v. Osten-Sacken (konf.)  
die Verpachtung des Restaurationsbetriebes im Landesausstellungspark Berlin. Bei der dort stattfindenden Substitution des Betriebes müsse der Staat dafür sorgen, daß die Bauhandwerker keine Ausfälle erleiden. Damit solle allerdings keine Präzeigung geschaffen werden. In den Streit über die „Florabüste“ will sich der Redner nicht mischen. Ob „echt“ oder „unecht“ die Frage der Autorschaft hat nur sekundäre Bedeutung. Wir laufen nicht den Namen, sondern das Werk. Die „Florabüste“ ist von wunderbarem Dürst und stiller Schönheit, das Erzeugnis einer tiefinnerlichen Schönheit, die nicht nach äußerlichen Effekten haßt. (Zustimmung rechts.) Wir sind für den Fortschritt auch in der Kunst, aber ein wirksamer Fortschritt der Kunst ist nur möglich im Zusammenhang mit den Ueberlieferungen und historischen Traditionen der Kunstformen. Jeder andere Fortschritt ist ein Sprung in den Abgrund. Wir müssen dem hochverdienten Generaldirektor Bode dank für die Erwerbung der Florabüste, — der Autor sei, wer er wolle. (Beifall rechts.)

Herr v. Graf Spee (Ztr.)  
schließt sich dem an. Ihm genügt Bodes Autorschaft. Selbst wenn die Büste unecht sei, bedauere er Erwerbung und Preis nicht. Sie sei und bleibe ein herrliches Kunstwerk. (Beifall.)

Herr v. Edel-Rinken (nl.)  
Die Entscheidung über die Echtheit der Florabüste überlassen wir am besten der Zukunft. Wir lassen uns die Freude an unserem hochverdienten Museumsdirektor Bode nicht rauben. Die Bedeutung der prähistorischen Funde sollte dem Publikum mehr zugänglich gemacht werden durch zweckmäßige Anwendung der naturwissenschaftlichen und ökonomischen Sammlungen. Wir brauchen eine Ausstellung für deutsche klassische Kunst, um dem Inlande und dem Auslande zu zeigen: Auch in andere — Worten ähnliche Rollen, die sich nur denen der Nachbarstaaten nicht zu verfallen brauchen. (Beifall.)

Herr v. Altmann (Ztr.)  
mündigt Beschleunigung des Baues des neuen Väterdenkmalens. In Sachen der Florabüste teilt er die Auffassung der Vortredner. Freuen wir uns, daß wir dem Spürhahn Bodes dieses wunderbare Werk verdanken. Wir wollen es auch nicht wieder hergeben.

Herr v. Pöschke (sp.)  
Die Kunst verdient starke Förderung, denn sie ist kein Luxus mehr. In der Florabüste ist es doch merkwürdig, daß kein ausübender Künstler Herr Bodes Arbeit teilt. Der Redner tritt den Wunsch der Berliner Museen dem Publikum zu erleichtern.

Kultusminister v. Trost zu Solz  
schließt sich der wohlwollenden Beurteilung der Redner in der Florangelegenheit an unter Hervorhebung der Verdienste des Geheimrats Bode. Erwägungen über den Wunsch, die Museen länger geöffnet zu halten, schieben. Die Kunstschätze der Museen werden dadurch der Allgemeinheit besser zugänglich gemacht, daß Führungen unter der Leitung von Sachverständigen stattfinden. Die Museumsverwaltung ist bemüht, weitestens Kreisen die Kunstschätze zugänglich zu machen. Die Provinzialmuseen sollen auch gebührend berücksichtigt werden. Wünsche und Beschwerden über das Väterdenkmal ernehme ich an. Der Neubau wird eine der größten Arbeiten Berlins werden. Alle Anzügen werden bei der Verwaltung gebührende Berücksichtigung finden. (Beifall.)

Herr v. Pöschke (sp.)  
Die Florabüste wird unerschlich sein, aber nicht wegen des Kunstwertes, sondern wegen des Stanzals, den sie erregt hat. Den Preis weiß ich Sicherheit niemand. Das „Ephem Bode“ muß bekämpft werden. Beim Ankauf pflegt Herr Bode auch mit Ordensversprechungen um sich zu werfen. Der Redner wendet sich gegen die Theatervorstellung und die Geschäftsführung des Generalintendanten der Kgl. Schauspielere.

Kultusminister v. Trost zu Solz  
Den Vorwurf, daß die Regierung Kunst und Wissenschaft nicht um ihrer selbst willen fördert, sondern aus Nebenwegen, weise ich zurück. (Beifall.)

Herr v. Bülow-Homburg (nl.)  
Bei der Florabüste hat der Staat ein gutes Geschäft gemacht. Eine bessere Information des Publikums über die Bedeutung der Kunstwerke ist notwendig.

Herr v. Geiger (konf.) und Herr v. Lucas (nl.) fordern ebenfalls, daß die Kunst auch weiteren Kreisen des Volkes zugänglich gemacht wird.  
Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Freitag, 11 Uhr.  
Schluß nach 5 Uhr.

## Deutsches Reich.

Der Kaiser und der Unfall des 3. II.  
Herr v. Ströbgen meldet der „Matin“, daß Kaiser Wilhelm in Schloß Urmitz mit dem Major Graf v. v. H. und dem Professor Serzelell eine lange Konferenz gehabt hat. Diese Konferenz habe der Unfall des 3. II. betroffen. Am Dienstag vormittag hat man übrigens dem Kaiser in der Drangerie in Straßburg längere Zeit mit Professor Herzfeld in Begleitung und in eifrigem Gespräch verbracht. Die Anwesenheit des Professors Herzfeld und des Majors Graf v. H. in Urmitz gestattete den Schluß, daß der Kaiser einen Entschluß bezüglich der weiteren Erbauung von Zeppelin-Balons faßt wird.

## Parlamentarisches.

Ein neuer Konflikt in der Budgetkommission.  
Auch beim Kolonialbeamtengehalt gab es gestern in der Budgetkommission des Reichstages eine erhebliche Meinungsverschiedenheit zwischen dem Staatssekretär Dornburg und großen Parteien.

Nachdem die §§ 1 bis 8 der Vorlage unverändert angenommen werden waren, kam die Kommission zu § 9, demzufolge das Gehalt des Subalternen, bei dem gegenwärtigen Kolonialbeamten, der seinen besten Aufbruch im Reichsdienst hat, ein Strafverfahren unabhängig ist, die Sache an das sachlich zuständige Gericht im Wohnbezirk zu verweisen werden kann; entsprechend ist es im umgekehrten Fall oder wenn der Subditierte seinen dauernden Aufenthalt in einem anderen Subgebiet hat, als in dem das Verfahren unabhängig ist. Auf Antrag des Zentrums wird hinzugefügt, daß das Gericht, bevor es über die Verweisung beschließt, die Staatsanwaltschaft und den Beschuldigten zu hören hat und daß gegen den Beschluß der ordentlichen Behörde Widerspruch gegeben ist. Sodann beantragte das Zentrum folgenden Zusatz:  
„Eintägige Anträge der Personalkommission der Kolonialbeamten, welche diesen nachteilig beeinflussen, sind den betreffenden Beamten zur Kenntnisnahme vorzutragen. Eine etwaige Gegenüberstellung des Kolonialbeamten ist den Personalkommissionen beizulegen.“  
Staatssekretär Dornburg sprach scharf gegen den Antrag. Der Bundesrat würde einer solchen Bestimmung nicht zustimmen; man gefährde also das Gesetz. — Von Zentrumseite wird auf die Drohung mit dem Scheitern des Gesetzes kein sehr großes Gewicht gelegt.  
Nach weiterer Ausrede wird § 9a nach dem Zentrumstrag angenommen in folgender Fassung: „Eintägige Anträge von Tatsachen in der Personalkommission“.

Die Reichstagskommission für die Wertungssteuer setzte die Ausrede bei § 21, über die Auflösung beim Grundbuchamt, fort.  
Dieser Paragraph wird mit einem Antrag Cuno (sp.) in folgender Fassung angenommen:  
„Die Entrichtung der Zuwachssteuer liegt demjenigen ob, dem das Eigentum oder die Befreiung von dem die Steuerpflicht begründenden Rechtsantrage zufließt. Mehrere Steuerpflichtige haften als Gesamtschuldner. Die Auflösung darf von dem Grundbuchamt erst entgegengenommen werden, wenn eine Befreiung der Steuerbehörde vorliegt, ist, daß die Steuer nicht gefordert oder für die Steuer Sicherheit geleistet ist oder der Erwerber sich bereit erklärt hat, für den Fall, daß die Steuer vom Veräußerer nicht beigetrieben werden kann, die Haftung für die Steuer zu übernehmen. Die Steuerbehörde bestimmt den Betrag der Sicherheit nach freiem Ermessen. Der Erwerber ist berechtigt, die Sicherheit zu leisten und bis zur Höhe der Sicherheit den Veräußerungspreis zurückzubehalten.“  
Dann wurde die Verhandlung über den § 20, der die Steuerpflichten enthält, wieder aufgenommen.

Die Justizkommission des Reichstages erledigte gestern die §§ 4 und 48 der Strafprozessordnung. § 47 wurde durch eine ausgedehnten Debatte nach der Regierungsvorlage angenommen. Danach darf ein Geistlicher nicht über solche Tatsachen vernommen werden, über die er nach Annahme des Gerichtes oder nach eigener Versicherung nicht aussagen kann, ohne seine Pflicht als Seelsorger zu verletzen. § 48 wurde dahin erweitert, daß sich das Recht, die Aussage als Zeuge zu verweigern, auch auf die Angehörigen der Rechtsanwaltschaft und Ärzte bezieht, betreffs solcher Tatsachen, die ihnen bei Erfüllung ihrer Aufgaben anvertraut worden sind. Die Kommission vertrat sich sodann auf Dienstag.

Die Kommission des Reichstages führte gestern die Verhandlung über die Arbeiterparagraphen zu Ende. Die Sozialdemokraten erklärten ebenso wie die Fortschrittliche Volkspartei ihre einstimmige Zustimmung zu dem Antrag Brockhausen mit der Ergänzung im Antrage Müller-Judow. Für die zweite Lesung behielten sie sich Vorbehalten vor. Gleiche Vorbehalte für die zweite Lesung wurden auch von den anderen Parteien, einschließlich der Antragsteller, gemacht. Der Antrag Brockhausen wurde vom Antragsteller dahin geändert, daß an Stelle des Lohnbuchschnitts des Jahres 1900, dessen Reduzierung ein Verlust von 10 v. H. der Beteiligungsquote nach sich ziehen soll, der Lohnbuchschnitt 1907 bis 1909 gelegt wird. In dieser Fassung wurde der Antrag angenommen.

Der Kommandant des Berliner Zeughauses, Generalleutnant v. D. Ernst v. Uedeom, befehligt heute sein fünfzigjähriges Jubiläum. Der Jubilar ist am 9. Juli 1860 in Königsberg i. Pr. als Sohn des Obersten Eduard v. Uedeom geboren. Am 1. Dezember 1887 erwarb der Kaiser von Kommandanten des Zeughauses unter Stellung à la suite der Armee v. Uedeom im Ehrenoffizier des Vereins für Feuerkunde und erster Vorsitzender des Vereins für historische Waffenkunde.

Der kommandierende General des dritten bayerischen Armeekorps in Nürnberg, Freiherr v. D. Zann, wird demnächst von seinem Kommando zurücktreten.

Herr v. Kellisch, Hilfsarbeiter beim Reichsamt für die Ausbildung des Prinzen Waldemar zu übernehmen.

Herr v. Kellisch, Hilfsarbeiter beim Reichsamt für die Ausbildung des Prinzen Waldemar zu übernehmen.

Herr v. Kellisch, Hilfsarbeiter beim Reichsamt für die Ausbildung des Prinzen Waldemar zu übernehmen.

Herr v. Kellisch, Hilfsarbeiter beim Reichsamt für die Ausbildung des Prinzen Waldemar zu übernehmen.

atischen Ministerium des Kreuzes Einladungen an alle Diplomaten ergangen waren. Dann entfiel der König den Exzessiven im Automobil nach Schloß Laeken, wo ein Zeremonie im Hof der Kaiserin angelegt war.

### Kleine Tagesnachrichten.

**Herr Georges Budget angenommen.**  
Die Annahme des englischen Budget 1909—1910 mit einer Mehrheit von 93 Stimmen bringt den seit einem Jahre tobenden Kampf um den Staatshaushalt zu Ende. Beide Parteien sind übereinstimmend der Ansicht, daß das Oberhaus das Budget diesmal gutt beruherwürdigend wird. Die Bedeutung der Billigung wird von den Wählern nur wenig hervorgerufen. Die Kommentare zu der englischen Erziehung des Budgets sind farblos und beschränken sich auf eine Wiederholung hundertmal vorgebrachter Argumente und Behauptungen. Nach dem Pfingstferien wird anlässlich der Beratung der Bill der Titanenkampfs zwischen Unter- und Oberhaus mit voller Macht einleiten.

**Protet der französischen Seeflotte.**  
In einer neuen Verammlung, die gestern Abend in Martelle bis spät nachts dauerte, schießen die Seeflotte eine energische Protestresolution gegen die Inhaftbehaltung der Matrosen und Heiser des Dampfers „Bille de Nantes“ sowie gegen die Verurteilung von 14 Matrosen der Besatzung des Dampfers „Hubron“.

**Der Erbsitz von Monaco.**  
verändert nach dem Amtsblatt in Monaco auf seine Anrechte auf den Thron. Danach würde die bereits angeordnete Thronfolgefrage des Herzogs von Monaco, eines Enkels Karl Theodors in Bayern, an die Hand kommen.

## Halle und Umgebung.

Halle a. S., 29. April.

### Die Familientragödie.

im Hotel, von der wir am Mittwoch des Räubers berichteten, hat sich nunmehr vollständig auflösen lassen. Es handelt sich um den Kaufmann Wilhelm Bahr aus Berlin und seine 22jährige Tochter Linda.

Bahr, der früher in guten Vermögensverhältnissen lebte, gründete 1888 mit einem Verwandten ein Eisenwarengeschäft in Berlin, hatte aber bald mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. B. bekleidete dann verschiedene Stellen in Berlin und im Ausland. Aber auch jetzt vermochte er nicht auf einen grünen Zweig zu kommen. So ging sein eigenes Vermögen und dasjenige seiner Frau dahin. Schließlich wurden aus seiner Wohnung in der Neuenburger Straße in Berlin die Möbel gepfändet und verkauft.

B. begab sich darauf vor einigen Tagen mit seiner Tochter auf Reisen, angeblich um Geld für ein neues Unternehmen anzuschaffen; er ließ seine Frau in der leeren Wohnung zurück. Nun haben Vater und Tochter ihrem Leben mit Nihil ein Ende zu machen geglaubt. Während der Prügelein Linda B. Wiederbelebungsversuche erfolglos waren, wird B. selbst voraussichtlich in einiger Zeit wieder hergestellt sein.

### Anzeigepflicht bei Herzen.

M. Das Kammergericht hat eine Entscheidung gefaßt, welche für Ärzte von prinzipieller Bedeutung ist.

Ein Arzt Dr. K. war angeklagt worden, weil er es unterlassen hatte, rechtzeitig einen Fall von Kindbettfieber bei der Polizeibehörde anzuzeigen, obwohl der dringende Verdacht vorgelegen habe, daß es sich um Kindbettfieber handele. Auch hatte der Arzt erklärt, es liege Kindbettfieber vor. Der angeklagte Arzt wurde aber freigesprochen, weil er Kindbettfieber nicht angenommen habe, obwohl der Kreisarzt anderer Ansicht war. Allerdings sei später festgestellt worden, daß Kindbettfieber vorlag.

Diese Entscheidung fordert die Staatsanwaltschaft durch Revision beim Kammergericht an, welches indessen die Revision als unbegründet zurückwies, indem u. a. ausgeführt wurde, daß dem Kreisgericht betreffend die Bestimmung gemeingefährlicher Krankheiten von 1900 bei jeder Fall polizeilich anzuzeigen, welcher den Verdacht einer gemeingefährlichen Krankheit erwecke; das preussische Gesetz betreffend die Bestimmung übertragbarer Krankheiten, wie z. B. Kindbettfieber, spreche aber vor, daß der Arzt jeden Fall einer übertragbaren Krankheit binnen 24 Stunden nach erlangter Kenntnis polizeilich anzuzeigen habe; hiernach brauche nur Anzeige erstattet zu werden, wenn der zur Anzeige Verpflichtete weiß, daß Kindbettfieber oder eine derartige Krankheit vorliegt. Der Verdacht reiche nicht aus, um die Anzeigepflicht zu begründen.

### Verbandstag der Feuerbestattungsvereine.

Am 16., 17. und 18. Mai d. J. findet in Dessau der 14. Verbandstag der Feuerbestattungsvereine deutscher Sprache statt; dieser Verbandstag gehören zurzeit etwa hundert Vereine mit gegen 50 000 Mitgliedern an. Mit dem Verbandstag zugleich findet auch die Einweihung des neubauerten Krematoriums in Dessau statt, des 21. in der Reihe deutscher Einäscherungsstätten.

Bemerkenswert und erfreulich an dem Kongress ist die offizielle Teilnahme der Stadt Dessau, welche die erfrischenden Bekreter am Vorabend der Verhandlungen nach wosengegangener Begrüßung im köstlichen Museum als ihre Gäste im „Kasteller“ bewirtet. Die Verhandlungen selbst finden am 17. Mai im Evangelischen Vereinssaal, die Einweihung des Krematoriums am 18. Mai statt. — Die Mitglieder des hiesigen Feuerbestattungsvereins werden wegen etwaiger Teilnahme auf die Annonce in unserer gestrigen Abendnummer hingewiesen.

### Von Interesse für Jäger.

Der Verband deutscher Brieffaßer-Verbandsvereine hat für das nächste und Folgen von B. andererseits, Hühnerhäuten und Sperberweibchen für 1910 eine Prämie

von 8500 Mark ausgesetzt, welche Anfang Dezember d. J. in der Weise zur Verteilung gelangen, daß 2900 Mark nach dem Verhältnis der eingeleiteten Fänge, und 600 Mark als Sonderprämie an die höchstleistungsfähigsten Einschiefer verteilt werden. Jeder Einschiefer muß eine Bescheinigung seines Vorgehens oder der Ortsbehörde beifügen, daß die B. von ihm selbst erledigt sind. Für jedes Paar Wandlerfänger wird 1 Mark vorweg bezahlt. Die Fänge, welche kurz über dem ersten Gelenk abzuscheiden sind, jo daß ein kleiner Federtranz stehen bleibt, müssen bis Ende November d. J. dem Generalsekretär M. Döbermann zu Hannover-Linden franco eingeleitet werden. Im vorigen Jahre wurden Fänge von 129 Paar Wandlerfänger, 1488 Paar von Hühnerhäuten und 1834 Paar von Sperbern eingeleitet und 81 Mark für das Paar Prämie bezahlt, für Wandlerfänger jedoch 181 Mark. Denjenigen Einschiefern, welche über 18 Paar hatten, wurden noch Sonderprämien von 10—40 Mark gezahlt.

### Ueber den Wert einzelstehender Bäume

wird berichtet: In der Frühjahrszeit redet man viel von Bogelschutz, Mistkästen usw. Aus Anlaß einer Beobachtung, die Einschiefer öfter gemacht hat, soll kurz auf den Wert einzelstehender Bäume in der Flur hingewiesen werden. Einschiefer sah zweimal in der Nähe eines Waldstückes, wie ein Raubvogel einen Eingögel auf freiem, baum- und strauchlosem Felde verfolgte und in beiden Fällen nach kurzer Jagd erwischt und die Beute zum Varger des Jägers nach dem Walde entführt. Ware doch schnell ein Baum in der Nähe gewesen! In dessen Zweigen wäre der Vogel geblieben gewesen! In einem anderen Fall konnte beobachtet werden, wie ein Raubvogel mehrere auf eine Schar Gäger stieß, ohne dabei Erfolg zu haben, da sich die kleinen Vögel fortgesetzt in einem Buchwerk — es war ein lebendiger Zaun — aufammenbrängten.

Aus den vorstehend erzählten Tatsachen erhellt ohne weiteres der große Wert einzelner Bäume auf freiem Felde als Zufluchtsort für verfolgte Eingögel.

### Durchschnittspreis für Halle, Magdeburg und Erfurt.

Aus der tabellarischen Zusammenstellung der „Städtischen Korrespondenz“ über die häufigsten Preise für Fleisch im Wochenbericht ergibt sich für die erste Hälfte des Monats April folgende Preise für 1 Kilogramm: Rindfleisch: Halle 1,07 Mk., Magdeburg 1,05 Mk., Erfurt 1,04 Mk.; Kalbfleisch: Halle 1,18 Mk., Magdeburg 1,09 Mk., Erfurt 1,09 Mk.; Hammelfleisch: Halle 1,14 Mk., Magdeburg 1,00 Mk., Erfurt 1,00 Mk.; Schweinefleisch: Halle 1,07 Mk., Magdeburg 1,05 Mk., Erfurt 1,00 Mk.

### Unterirdische Telegraphenanlagen.

Die Kaiserliche Oberpostdirektion in Halle gibt bekannt, daß der Plan über die Errichtung unterirdischer Telegraphenanlagen in Halle bei dem Telegraphenamt in Halle (Saale) öffentlich ausliegt.

Die schnellsten Verbindungen nach der Westküste werden ab 1. Mai durch folgende Züge vermittelt: 1) Berlin, Anhalter Bahn ab 8 05 norm. (über Frankfurt) mit diesem Wagen 1. und 2. Klasse sowie Speisewagen Berlin-Bielefeld, Ankunft in Genf 6 10 norm. 2) Berlin, Anhalter Bahn ab 8 20 norm. (über Frankfurt), Ankunft in Genf 12 48 mittags. 3) Berlin, Anhalter Bahn ab 10 00 abends mit diesem Wagen 1. und 2. Klasse sowie Speisewagen Berlin-Bielefeld über Karlsruhe und Speisewagen Frankfurt-Bielefeld, Ankunft in Genf 6 55 abends (im Mai und Juni 7 22 abends). Eine Zusammenstellung dieser Verbindungen ist kostenlos zu beziehen durch die Amtliche Anstaltsstelle der Schweizerischen Bundesbahnen im Internationalen öffentlichen Verkehrsamt in Berlin, Unter den Einden 14.

**Sein Scholander**, der Allsebeste, will in seinem nächsten Liederabend, Sonntag, den 1. Mai, im Mozartsaal, Weidenplan, seine Tochter Lisa dem hiesigen Publikum vorstellen. Die Berliner Konzertberichte bezeichnen Fräulein Scholander als ein reizendes, frisches Mädchen mit einer kleinen, aber außerordentlich süßen, lieblichen Stimme. Vom Vater hat sie das Temperament und seine gewinnende Lebenswirklichkeit geerbt und weiß die werbende Macht dieser Gaben jo geschickt zu nutzen, daß sie mit ihren anmutigen Vortrag überall jubelnden und herzlichen Beifall findet. Kartenverkauf bei Heinrich Hothan.

Der 3. Kommunalen Bezirksverein (Süd und West) hält noch eine Versammlung vor Eintritt in die Sommerferien ab, und zwar am Dienstag, den 2. Mai, abends 8 1/2 Uhr im Rathes Gastwirtschaft, Börsenplatz 1. Gäste find willkommen.

Eine öffentliche **Milions-Versammlung** für Damen und Herren findet am nächsten Sonntag, abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Christlichen Vereins junger Männer, Geilstr. 29, statt. Herr Million Mehl, der seit vielen Jahren in der Sömerischen Mission tätig ist und locben auf einige Zeit nach Deutschland gekommen ist, wird einen Vortrag halten über das Thema: „Unter Indiens Ureinwohnern.“ Jedermann ist eingeladen, der Zutritt frei.

**Wit-Wandergesell.** Bund für Jugendwanderungen. Sonntag, den 30. April, Radmittagsfahrt in die Heide. 3 Uhr: Hetzfelder Bahnhof. Sonntag, den 1. Mai, Radmittagsfahrt ins Esterthal. 2 Uhr: Willberg, Endstation. Schüler höherer Lehranstalten willkommen!

Am dem **Provincial-Bundesfesten** in Verbund in den Tagen vom 22. bis 26. Mai werden sich eine Menge hiesiger Schützen beteiligen, am Gesellschaftsmitgliedern um drei getheilte Namensbänder vier hiesigen Eichen. Die vereinigten hiesigen Schützengesellschaften stellen, da es ein Jubiläumsschießen ist, einen höheren Geldpreis. Mit diesem Fest ist die Weide des neuen beschafften Bundesbauers verbunden, auch soll eine besondere Ehrung der seit langen tätigen Bundesvorsitzenden stattfinden.

**Co. Arbeiterverein.** Montag, den 2. Mai, Kaiserstr. 7 allgemeine Monatsversammlung. In diesem Abend findet ein Vortrag, sondern ein Diskussionsabend statt. Hierzu sind die Mitglieder, auch besonders die Mitglieder der Gruppen freundlich eingeladen.

**Stadtmission.** „Gibt es ein festeres Merkmal einer echten Bekehrung?“ lautet das Thema über das am nächsten Sonntag Herr Pastor Süßner im großen Saale des Stadtmissionshauses Weidenplan 4 sprechen wird.

## Gerichtsverhandlungen.

### „Die Wahrheit.“

Ein Verleumdungsprozess gegen die „Wahrheit“ beschloß die 145. Abteilung des Amtsgerichts Berlin Mitte. Angeklagt wegen Verleumdung des Verlegers des „Hannoverschen Couriers“ Dr. Max Ränke war der verantwortliche Redakteur der „Wahrheit“ Otto Weber. Den Gegenstand der Verleumdungsbildete ein am 12. März d. J. in der „Wahrheit“ unter der Überschrift „Harden und seine Freunde moralisch geohr.“

feigt“ erschienenen Artikel. Dieser Artikel wendet sich gegen die „Wahrheit“ und behauptet, daß bei diesen Angriffen der „Hannover Couriers“ eine fälschende Rolle gespielt habe. Es wird in ihm ferner folgendes behauptet:

Als Harden im Jahre 1909 eine Vortragstournee durch Deutschland unternahm, sei er auch u. a. nach Hannover gekommen und hier von Dr. Ränke gäfstlich aufgenommen worden. Für Dr. Ränke, der Landbesitzer der Kauerleer ist, habe die Gästfreundschaft jedoch unangenehme Folgen gehabt. Er habe eine Vorladung auf das Bezirkskommando erhalten, wo ihm der Kommandeur bedeutet habe, daß es mit der Ehre eines inaktiven Offiziers unvereinbar sei, einen Mann wie Harden in seinem Hause als Gast aufzunehmen. Dr. Ränke habe darauf, um eine Entlassung vorzugeben, selbst keinen Anstoß genommen. Dr. Ränke habe sich gegen diese Maßregelung in seiner Weife gemehrt. Der Kaiser Dr. R. ließ sofort nach Erscheinen dieses Artikels die Verleumdungsbildete ein am 12. März d. J. in der „Wahrheit“ unter der Überschrift „Harden und seine Freunde moralisch geohr.“

Zum Beweise hierfür hat der Kaiser die Ladung des Oberleutnants M. A. S. und des Reichsministers v. E. G. m. beantragt, an den er sich seinerzeit beschwerdeführend gewandt habe. Der Beslagte dagegen will für die in dem Artikel vorgebrachten Behauptungen den Wahrheitsbeweis antreten. Der Gerichtshof beschloß die Vertagung und Vorladung des Bezirkskommandeurs Oberst Engelbrecht-Hannover, des Prof. D. K. S. - Hannover und des Oberleutnants M. A. S., Directors des Zentraldepartements im Reichsministerium.

## Letzte Nachrichten.

### Verständigung in Sicht?

H. Berlin, 28. April. Zwischen dem Herrenhausen und den Parteien des Abgeordnetenhauses haben, den „Krieger R. M.“ zufolge, heute früh 10 Uhr Verhandlungen über die Wählvorlage begonnen, denen auch der Präsident des Abgeordnetenhauses v. Krüger beizuohnte.

### Fahrten des Harzeval II.

H. Köln, 28. April. Nachdem das Luftschiff „R. 2“ heute morgen eine Fahrt nach Düsseldorf unternommen hatte, kreuzte es beim zweiten Aufstieg einige Stunden über der Stadt und fuhr dann nach Norden in die Bonner Gegend und kehrte 11 3/4 Uhr nach Köln zurück, wo es zweihundert Meter abwärts der Halle niederging. Gleich darauf wurde das Luftschiff in der Halle gebohren. Bei günstigem Wetter soll am heutigen Spätnachmittage ein dritter Aufstieg unternommen werden.

### Nationalliberale Reichstagskandidatur.

H. Kiel, 28. April. Den „Krieger R. M.“ zufolge ist dem Kieler Theologieprofessor Baumgarten von Seiten der Nationalliberalen in Göttingen die dortige Reichstagskandidatur angetragen. Professor Baumgarten dankt die Kandidatur anzunehmen.

### Ueberfall auf ein Dienstmädchen.

H. München, 28. April. In der Humbingerstraße wurde gestern ein Dienstmädchen betäubt, gefesselt und an Händen und Füßen gefesselt aufgehoben. Das Mädchen war beunruhigt. Zum Bewußtsein gelangt, bezeichnete es seinen Geliebten, einen 22jährigen Kellner, als den Täter. Dieser, der verhaftet wurde, will jedoch zu dem Tat in keiner Beziehung stehen.

### Kindesmord.

H. München, 28. April. In der Rajetanhoffstraße wurde unter einem Pflanzstein die Leiche eines neugeborenen Mädchens gefunden. Das Kind hatte bei der Geburt gelebt. Die Untersuchung ist eingeleitet.

### Die Mächte in Persien.

W. Petersburg, 28. April. Aus Teheran wird gemeldet, daß Rußland und England die persische Regierung in einer gemeinsamen Note aufgefordert haben, keine politischen oder Anleiheverhandlungen mit anderen Mächten zu pflegen und anderen Mächten auch keinerlei Kompensationen zu gewähren.

### Entwicklung der türkischen Arme.

H. Konstantinopel, 28. April. Die Militärattachés der hiesigen Botschaften haben in den Berichten an ihre Regierungen festgestellt, daß die Türkei in drei Jahren über 500 000 gut ausgerüstete Soldaten verfügen werde.

### Mordversuch eines tollwütigen Kolonialsoldaten.

H. Paris, 28. April. In Toulon wurde ein Soldat vom vierten Kolonialregiment, als er Wosten beim Fort Malbousquet stand, vom pflanzlichen Zola m. t. erarrifen. Er stürzte sich mit gefülltem Bajonett auf einen Seemann, der er ohne Eingreifen des Nachbarn getötet hätte, und mußte geteilt ins Spital transportiert werden.

### Unterhaltungsblatt.

Der Brennende Berg. Von Hans Strobl. (Fort.) — Die Tänzerin des Moskito. — Kunst und Wissenschaft. — Literatur.

### Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den letzten Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Bismant; für Ausland, Letzte Nachrichten, Vermischtes und Sport: Erich Boldau; für das Feuilleton: Paul Schaumburg; für den Inzeratenteil: Friedrich Endrulat; Druck: Verlag von Otto Hendel.

Alle Rechte vorbehalten. — Diese Nummer umfasst 8 Seiten. — Empfängliches Unterhaltungsblatt.





Main table containing various financial data, including exchange rates, stock prices, and market indices. Columns include currency types (e.g., Reichsmark, Goldmark), values, and market movements.

Vertical text on the right edge of the page, possibly containing additional market information or commentary.